HEAG
Südhessische Energie AG (HSE)
Darmstadt

Lagebericht und
Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2014

Anlage 1

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt

Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014

Geschäftsmodell

Der HSE-Konzern ist einer der führenden Energie- und Infrastrukturdienstleister Südhessens und mit seiner Tochtergesellschaft ENTEGA einer der größten Ökostromanbieter. Zu den Geschäftsfeldern gehören die umweltschonende Energieerzeugung, der Bau und Betrieb von Infrastruktur- und Energieerzeugungsanlagen, der Betrieb von Energie- und Trinkwassernetzen, die Abfallentsorgung und Abwasserreinigung, Telekommunikationsdienstleistungen und Energiedatenmanagement, der Vertrieb von Energie und Trinkwasser sowie die Bereitstellung von Energieeffizienzlösungen.

Der HSE-Konzern wird vom Mutterunternehmen HEAG Südhessische Energie AG (HSE) geführt. Hier sind alle zentralen Querschnittsaufgaben wie zum Beispiel Energiebeschaffung und Energieerzeugung, Kommunikation, Recht, Finanz- und Rechnungswesen, Einkauf, Personalverwaltung und die öffentlich-rechtliche Betriebsführung zusammengefasst.

Die Lage des Konzerns prägt die Lage des Mutterunternehmens, so dass der Vorstand der HSE AG den Bericht über die Lage des Konzerns und der HSE AG zu einem Lagebericht zusammengefasst hat.

Alle nachfolgenden Angaben beziehen sich auf den Konzern und die HSE AG als Einzelgesellschaft gleichermaßen, sofern nicht ausdrücklich abweichend gekennzeichnet.

Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs laut Jahreswirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie im Jahr 2014 preisbereinigt um 1,5 Prozent (2013: 0,1 Prozent). Das Wirtschaftswachstum hatte sich im Verlauf des Jahres 2014 nach einem starken ersten Quartal deutlich abgeschwächt. Insbesondere die Investitionsdynamik in den Unternehmen blieb vor dem Hintergrund einer enttäuschenden weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Verunsicherung durch erhöhte geopolitische Risiken hinter den Erwartungen zurück. In den letzten Monaten des Jahres setzte jedoch eine Erholung ein, getrieben von einem starken Arbeitsmarkt und starkem Konsum. So wuchsen im Jahresverlauf die Bruttoanlageinvestitionen preisbereinigt um 3,1 Prozent, die privaten Konsumausgaben um 1,1 Prozent. Eine Entwicklung, die vor allem durch die

gestiegene positive Lohnentwicklung bei gleichzeitigem Erreichen eines neuen Höchststands bei der Anzahl der Erwerbstätigen getragen wurde.

Die Rahmenbedingungen für die Branche der Energiewirtschaft haben sich im Jahr 2014 weiter verschärft. Viele notwendige politische Entscheidungen hinsichtlich eines verlässlichen langfristigen Handlungsrahmens zur Umsetzung der Energiewende insbesondere im Zusammenhang mit dem branchenspezifischen anlagenintensiven Geschäft und dem damit einhergehenden Strommarktdesign wurden auch nach Etablierung der großen Koalition noch nicht getroffen. Dabei zeichnete sich ab, dass es nach wie vor keine schnelle Lösung bei der Frage von Reservekraftwerken bzw. beim Kapazitätsmarkt geben wird, sondern es wird weiterhin auf die bestehende Reservekraftwerksverordnung verwiesen. Zur Umsetzung der Energiewende wurde jedoch die wesentliche Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien (EE) im Zusammenhang mit den dezentralen Strukturen hervorgehoben und damit auch der Ausbau der notwendigen Infrastruktur, insbesondere der Verteilnetze, gewürdigt. Während in der ersten Jahreshälfte 2014 in politischen Ausschüssen die Entwicklung eines Kapazitätsmarkts zum Ende des Jahrzehnts diskutiert wurde, erscheint die grundsätzliche Einführung eines solchen Marktmodells mittlerweile äußerst unsicher. Auch im Bereich des Netzausbaus wurden zunehmend Vorbehalte, vor allem aus Bayern, hinsichtlich deren Notwendigkeit geäußert. Nach unterschiedlichen Analysen zeichnet sich jedoch ab, dass ein gesamthaftes Optimum im Zusammenspiel zwischen zentraler und dezentraler Erzeugung sowie geeigneter Netzinfrastrukturen unverzichtbar für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung in Deutschland ist. Ende Oktober 2014 hat die Bundesregierung hierzu ein „Grünbuch" mit Vorschlägen zur künftigen Ausgestaltung des Strommarktdesigns der Öffentlichkeit vorgelegt und zur Diskussion gestellt. In einem „Weißbuch" sollen dann noch im Jahr 2015 konkrete Regelungsvorschläge für ein künftiges Marktdesign veröffentlicht werden.

Bereits am 1. August 2014 ist indes das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft getreten. Hauptziel ist die Dämpfung der Kostendynamik beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies soll insbesondere durch mehr wettbewerbliche Elemente und den Fokus auf preisgünstige Technologien erfolgen. So wird ab dem 1. Januar 2015 eine Direktvermarktungspflicht bestehen. Damit wird mehr Anreiz gegeben, erneuerbare Energie auch an der Nachfrage orientiert zu erzeugen. Die Förderung der erneuerbaren Erzeugung wird auf preisgünstige Windkraft und Photovoltaik fokussiert. Wie schon bei der Photovoltaik ist für die Windkraft an Land ein Ausbaukorridor festgelegt worden, durch den der Ausbau verstetigt werden soll. Die Vergütungsregelungen für neue Biogasanlagen sind stark beschnitten worden. Ein Bestandsschutz für Altanlagen sichert die Werthaltigkeit für bereits bestehende Anlagen.

Die Bundesregierung hat im Dezember 2014 das Klimaschutz-Aktionsprogramm 2020 veröffentlicht. Deutschland droht gemäß dem Projektionsbericht der Bundesregierung sein

nationales Treibhausgasreduktionsziel von 40 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) zu verfehlen. Ohne zusätzliche Maßnahmen würden demnach nur 33 Prozent erreicht. Um die Lücke zu schließen, müssen rund 85 Mio. t. CO_2-Äquivalente zusätzlich eingespart werden. Das größte Minderungspotenzial sieht das Bundesumweltministerium in der Energiewirtschaft, die entsprechend einen entscheidenden Beitrag leisten soll. Die zentralen bestehenden Klimaschutzmaßnahmen sind hier auf der Angebotsseite der Emissionshandel, der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie auf der Nachfrageseite die Steigerung der Energieeffizienz. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung ebenfalls im Dezember 2014 den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz verabschiedet, der die Energieeffizienzstrategie der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode umreißt. Er dient zudem der Umsetzung zentraler Anforderungen der EU-Energieeffizienzrichtlinie zur Verbesserung der Energieeffizienz in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt bei der Senkung des Endenergieverbrauchs, insbesondere im Wärmesektor. Bei den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sieht sich der HSE Konzern mit seiner klimafreundlichen Energiegewinnung und umfassenden Beratungsdienstleistung zum Thema Verbrauchseinsparung bestens positioniert.

Bei der Stromerzeugung hat sich die Situation für die Kraftwerksbetreiber in Deutschland im Jahr 2014 nicht entspannt. Die Strompreise am Großhandelsmarkt sind gegenüber dem Jahr 2013 weiter zurückgegangen, wenn auch mit verlangsamtem Tempo. Fiel der Preis für eine MWh Baseload im Jahresdurchschnitt 2013 um rund 20,5 Prozent auf 38,75 €, so ist er im Jahresdurchschnitt 2014 um weitere 13,7 Prozent auf jahresdurchschnittlich 33,44 € gefallen.

Der Stromverbrauch war nach Schätzung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) rückläufig. Er ging im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent auf 534 Mrd. kWh zurück. Hauptgründe sind die schwache Konjunktur energieintensiver Industrien und die im Vergleich zu 2013 insgesamt mildere Witterung. Hinzu kommen Sparmaßnahmen bei den Verbrauchern sowie Effizienzverbesserungen.

Nach rund drei Jahren rückläufiger Preise ist der Preis für CO_2-Emissionsrechte 2014 leicht gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug er knapp 6,00 € pro Tonne nach rund 4,60 € im Vorjahr. 2012 lag er noch bei 7,50 € – 2011 sogar bei 13 €. Die im Jahr 2013 vom EU-Parlament beschlossene temporäre Verknappung von 900 Millionen Tonnen Verschmutzungsrechten (Backloading) hat den Preis für CO_2-Emissionsrechte damit nur vergleichsweise wenig erhöht. Eine weitere Verknappung der Zertifikate dürfte derzeit in Europa politisch kaum durchsetzbar sein. Zusätzliche Erlöse – wenn auch voraussichtlich in geringem bis mittlerem Maße – könnte die Einführung eines Kapazitätsmarkts bringen. Hier gibt es jedoch viele Widerstände, so dass die Diskussion um seine Ausgestaltung noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Neue umweltschonende Gaskraftwerke können unter diesen Bedingungen auch weiterhin nicht

ökonomisch betrieben werden. Damit bleibt der Druck auf viele Unternehmen der Branche bestehen, unrentable Kraftwerke stillzulegen.

Die Erzeugerpreise für elektrischen Strom sind im Jahr 2014 insgesamt um 3,0 Prozent gefallen. Der Strompreis für die Privaten Haushalte hat sich allerdings nicht verringert, sondern er ist um 1,3 Prozent gestiegen, während die Preise für Weiterverteiler um 9,2 Prozent gefallen sind. Hauptgrund des Preisanstiegs für die privaten Haushalte waren auch im Geschäftsjahr 2014 wieder die steigenden Steuern und Abgaben. So ist die EEG-Umlage Anfang des Jahres 2014 auf 6,24 Cent/kWh angestiegen. Damit lag sie im Jahr 2014 um 18,4 Prozent über Vorjahresniveau (5,27 Cent/kWh). Gleichzeitig erreichen die Anträge auf Befreiung für besonders stromintensive Unternehmen auch im Jahr 2014 wieder einen neuen Rekordstand. Nach 1.716 Unternehmen mit 2.295 Abnahmestellen im Jahr 2013 haben im Berichtsjahr 2.098 Unternehmen mit 2.798 Abnahmestellen einen entsprechenden Antrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) gestellt.

Im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung in der Heizperiode – insbesondere im Vergleich zum kalten ersten Halbjahr 2013 – ist der Gasverbrauch im Jahr 2014 nach Schätzung des BDEW um 13,9 Prozent auf 823 Mrd. kWh gesunken. Gut acht Prozent des Verbrauchsrückgangs sind auf die wärmere Witterung dieses Jahres zurückzuführen. Neben dem Rückgang in der Wärmeerzeugung reduzierte sich auch erneut der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung, zusätzlich verstärkte der Produktionsrückgang in der chemischen Grundstoffindustrie diesen Trend. Die Preise für Erdgas fielen im Jahr 2014 um 4,2 Prozent. Für Industriekunden wurde Erdgas um 4,3 Prozent billiger, für Haushalte hingegen um durchschnittlich 0,1 Prozent teurer.

Forschung und Entwicklung

Im HSE Konzern wurde im Jahr 2014 das Forschungsprojekt „Well2Wheel" weitergeführt. Das Projekt erarbeitet Möglichkeiten anhand von fast 50 verschiedenen Elektroautos, wie die Elektromobilität in das Verteilnetz als aktive Komponente integriert werden kann. Neben den insgesamt fünf Konsortialpartnern (Continental, EUS, TU Darmstadt, FH Frankfurt und Fraunhofer LBF) konnte die HSE als Konsortialführer mit der Handwerkskammer Rhein-Main, dem Hessischen Immobilienmanagement und dem EAD der Stadt Darmstadt drei weitere assoziierte Partner für das Projekt gewinnen, die verschiedene Elektrofahrzeuge zur Verfügung stellen. Das Projekt wird noch bis Ende April 2016 laufen.

Auch das zweite Forschungsprojekt mit den Namen „SolVer" wurde im Jahr 2014 fortgeführt. Im Pilotprojekt „SolVer" entwickeln die HSE und die Hochschule Darmstadt gemeinsam mit dem

Speicherhersteller ads-tec eine Handelsplattform für stationäre Batteriespeicher. Ziel des Projektes ist die Realisierung einer offenen, unabhängigen Handelsplattform für Speicherdienstleistungen in Verteilnetzen, die diskriminierungsfrei, abwicklungssicher und netzstabilisierend arbeitet und damit einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leistet. Im Jahr 2014 wurde die Handelsplattform soweit aufgebaut, dass bis zum Projektende im Mai 2015 nun ein Testbetrieb möglich ist. Dazu wurde unter anderem ein großer Batteriespeicher von ads-tec zur Verfügung gestellt, der gemeinsam mit den sechs Batteriespeichern der HSE als praktische Versuchsobjekte für die Handelsplattform dient.

Geschäftsverlauf

Auch das Geschäftsjahr 2014 war für den HSE-Konzern von einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im Energievertrieb und der negativen Entwicklung der Erzeugerpreise für Strom geprägt, was sich weiterhin belastend auf bereits getätigte Investitionen und langfristige Stromlieferverträge auswirkt.

Als Reaktion auf die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds wurde bereits im Vorjahr mit der Umsetzung der Vorwärtsstrategie begonnen, die im Jahr 2014 konsequent weiterverfolgt wurde. In allen Geschäftsfeldern sind konkrete Maßnahmen zur Erhöhung des operativen Ergebnisses definiert. Die Maßnahmen beinhalten sowohl die Erschließung von Potenzialen durch Optimierungs- und Effizienzsteigerungen als auch die Nutzung von Chancen in profitablen Wachstumsbereichen. Insgesamt liegt die Zahl der definierten Maßnahmen bei fast 300, davon konnten ca. ein Drittel im Jahr 2014 bereits umgesetzt werden. Die eindeutige Verantwortung für die operative Umsetzung der Maßnahmen in den Geschäftsfeldern und die Sicherstellung einer konsistenten Vorgehensweise durch ein zentrales Maßnahmencontrolling ist klar geregelt. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der HSE werden regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung informiert. Die für das Jahr 2014 vorgesehenen Ziele der Vorwärtsstrategie sind vollumfänglich erreicht worden.

Im Geschäftsfeld Netze wurde in diesem Zusammenhang die Reorganisation zur großen Netzgesellschaft abgeschlossen. Hierzu ging der Netzbetrieb von der Verteilnetzbetreiber Rhein-Main-Neckar GmbH & Co. KG (VNB) auf die e-netz Südhessen GmbH & Co. KG (e-netz), ehemals HSE Technik GmbH & Co. KG, über, die bisher für die Ausführung der für den Netzbetrieb erforderlichen technischen Maßnahmen zuständig war. Durch die Zusammenlegung der Tätigkeiten dieser beiden Gesellschaften sollen Abläufe und Prozesse optimiert und entsprechende Kostenvorteile genutzt werden.

Im Vertrieb konnten wesentliche Effekte durch Optimierung der Vertriebsaktivitäten und Budgetreduzierungen erschlossen werden. Im Geschäftsfeld Shared Services liegt der Schwerpunkt auf der Harmonisierung der zentralen IT-Infrastruktur und der IT-Ausstattung der Arbeitsplätze sowie die Optimierung der eingesetzten Software-Produkte.

Konzernübergreifend wurde zudem mit Gewerkschaften und Betriebsräten ein Personal- und Flexibilisierungskonzept beschlossen, das den Wegfall einiger tariflicher Sonderleistungen für die Jahre 2015 bis 2018 sowie die Beendigung bzw. Anpassung von diversen Leistungen auf Basis von Betriebsvereinbarungen vorsieht. Während für den Zeitraum bis einschließlich 2018 eine Beschäftigungssicherung tarifvertraglich zugesichert wird, ist zudem ein Abbau der Mitarbeiterzahlen durch eine Ausweitung des Altersteilzeitprogramms und den Abschluss individueller Aufhebungsvereinbarungen geplant. Die Umsetzung des Personalkonzepts wurde unmittelbar begonnen. Für diese Maßnahmen wurden zum 31. Dezember 2014 entsprechende Rückstellungen in der Bilanz des HSE-Konzerns passiviert.

Parallel zu den Anstrengungen bei der Erschließung von Einsparpotentialen werden auch die Maßnahmen hinsichtlich der Wachstumspotentiale vorangetrieben, insbesondere im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. An erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen hat der Konzern zum Ende des Jahres 2014 insgesamt Erzeugungskapazitäten von etwa 280 Megawatt elektrischer Leistung in Bau und Betrieb gesichert.

Mit Global Tech I ist der HSE-Konzern am ersten frei finanzierten Offshore-Windpark in Deutschland beteiligt. Der im Bau befindliche Offshore-Windpark mit einer elektrischen Leistung von 400 MW, an dem die HSE AG mit 24,9 Prozent beteiligt ist, wurde im Laufe des Jahres durch die Projektgesellschaft Global Tech I Offshore Wind GmbH technisch und wirtschaftlich weiter vorangetrieben. Nachdem im Jahr 2013 bereits die Umspannstation im Baufeld verankert wurde, wurde diese im Berichtsjahr technisch in Betrieb genommen. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr die Errichtung aller 80 Windenergieanlagen abgeschlossen. Nachdem der Netzanschluss weiterhin zeitlich verzögert war, konnte zur Kompensation solcher anschlussbedingten Verzögerungen die Offshore-Haftungsregelung nach § 17e EnWG in Anspruch genommen werden. Ende des Jahres 2014 konnten die ersten Anlagen nach Fertigstellung des Netzanschlusses erstmalig Strom einspeisen. Die vollständige Inbetriebnahme des gesamten Windparks ist für das Jahr 2015 geplant. Der HSE-Konzern erhält dann anteilige Kapazitäten, die umgerechnet mehr als 115.000 Haushalte mit Ökostrom versorgen können.

Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien legt die HSE ihren Schwerpunkt auf die Windenergie sowohl in der Region als auch bundesweit. Dazu konnte sich die HSE Regenerativ GmbH erfolgreich die Standorte in Wald-Michelbach und im Kaufunger Wald für eine Errichtung

von Windenenergieanlagen sichern. Im Rahmen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien legt die HSE neben der eigenen hohen Wertschöpfung insbesondere in Projektentwicklung und Betrieb weiterhin einen besonderen Fokus in die Schaffung von Akzeptanz und Transparenz der Energiewende bei den Bürgern vor Ort. So werden Verhandlungen mit der Energiegenossenschaft Odenwald eG über eine Beteiligung von weiteren zehn Prozent am Windpark Binselberg geführt. Der im Dezember 2013 geschlossene Kaufvertrag über die Veräußerung eines Geschäftsanteils von 33,3 Prozent der HSE Windpark Haiger GmbH & Co. KG an die Energiegenossenschaft Haiger e. G. kann nach BAFIN-Freigabe voraussichtlich im Jahr 2015 in Kraft treten. Im Zusammenhang mit der regionalen Fokussierung sollen weiterhin wertschöpfungsübergreifende Geschäftsbeziehungen zwischen dem HSE-Konzern und den regionalen Stadtwerken stabilisiert bzw. ausgebaut werden. Die HSE Regenerativ GmbH hat daher im Berichtsjahr die Abstimmungen mit den Stadtwerken Langen über eine Beteiligung von 12,5 Prozent am Windpark in Erksdorf erfolgreich fortgesetzt.

Neben der regenerativen Stromerzeugung hat die HSE in den letzten Jahren in zwei hochmoderne Gaskraftwerke investiert. Der Anteil der HSE am Gemeinschaftskraftwerk Irsching (GKI) und das Gasturbinenkraftwerk Darmstadt (GTKW) leiden jedoch ökonomisch noch immer unter der aktuellen Marktsituation. Diese ist geprägt von zunehmender Erzeugung durch Erneuerbare Energien und einem nach wie vor niedrigen Preis für CO_2-Emissionszertifikate, was den Betrieb alter Kohlekraftwerke gegenüber modernen Gaskraftwerken bevorzugt. Die ökonomische Situation dieser Gaskraftwerke kann sich somit nur durch erhebliche Veränderungen im Markt, beispielsweise durch einen regulatorischen Eingriff oder durch die Herausnahme von Überkapazitäten, verbessern. Die HSE und ihre Partner haben in direkten politischen Gesprächen und über Interessenverbände intensiv daran gearbeitet, die zur Sicherstellung ausreichender regionaler und nationaler Leistungsbereitstellung erforderlichen Veränderungen herbei zu führen.

Zur Vermeidung der Stilllegung des GKI hat die Betreibergesellschaft einen Vertrag mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT mit einer Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen, der im Frühjahr 2016 ausläuft. Der Vertragsabschluss wurde von der Bundesnetzagentur begleitet und ermöglicht den weiteren Betrieb des Kraftwerks zur Sicherung der regionalen Versorgungssicherheit mit der Möglichkeit, gleichzeitig wie zuvor am Wettbewerb der Erzeuger im Markt teilzunehmen. Aktuell wird die Einreichung einer Stilllegungsanzeige geprüft.

Nach technischen Anpassungen der Turbinen des GTKW und Erzielung einer kommerziellen Einigung mit dem Hersteller hat das Kraftwerk im August 2013 den Regelbetrieb unter den dargelegten Marktbedingungen aufgenommen und ist seit Ende November 2013 von der Bundesnetzagentur als systemrelevantes Kraftwerk eingestuft. Nachdem sich die ökonomische Situation im Rahmen der Vermarktung auch im Jahr 2014 nicht gebessert hat, wird ebenfalls die Möglichkeit eines Vertrags mit dem Übertragungsnetzbetreiber geprüft.

Schließlich wirken die vorgenannten Markteffekte auch auf einen langfristigen Strombezugsvertrag. Dieser Vertrag führt aufgrund des derzeitigen Preisniveaus auf den Strom- und Emissionsrechtemärkten sowie durch den hohen Fixkostenbestandteil für den HSE-Konzern unverändert zu einer deutlichen Ergebnisbelastung.

Die vertrieblichen Aktivitäten des HSE-Konzerns wurden im Privatkundenbereich auch im Jahr 2014 weiter regional fokussiert. Zur Steigerung der Kundenbindung wurde hierfür das „ENTEGA Sparbuch", ein Couponheft in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, eingeführt. Zudem konnte der Kundenbindungsindex im Vergleich zum Vorjahr durch attraktive Preisgestaltungen erhöht werden. Trotz der Steigerung der EEG-Umlage zum 1. Januar 2014 hat die Vertriebsgesellschaft ENTEGA Energie GmbH & Co. KG (vormals: ENTEGA GmbH & Co. KG) (ENTEGA) diese gestiegenen Kosten nicht an ihre Kunden weitergegeben und stattdessen zum Jahresbeginn 2014 und im weiteren Jahresverlauf die Energiepreise stabil gehalten. Zum 1. Januar 2015 konnten darüber hinaus die Stromtarife bei leicht gesunkener EEG-Umlage sogar gesenkt werden, so dass je nach Tarif ENTEGA-Kunden bis zu fünf Prozent einsparen können. Im Gasbereich wurden die Preise zum 1. November 2014 ebenfalls gesenkt, nachdem diese drei Jahre stabil gehalten wurden.

Die Geschäftskundensparte der ENTEGA ist im Jahr 2014 geprägt durch die Neuausrichtung vom klassischen Energieversorger hin zum Energiedienstleister. Die Integration von Beratungsdienstleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz und die entsprechenden vertrieblichen Aktivitäten zur Vermarktung von Energiedienstleistungen waren fester Bestandteil der Kundenansprache. Erweitert wurde das Dienstleistungsangebot um das Energiemanagementportal, dass kleineren, mittleren und großen Unternehmen die Möglichkeit einer schnellen Umsetzung eines softwarebasierten Energiemanagement und –controllings bietet. Durch das Zusammenspiel aus Beratung sowie intelligenten und risikoarmen Beschaffungskonzepten konnte ein weiterer großer Schritt in Richtung eines ganzheitlichen Energiedienstleistungsunternehmens für Geschäftskunden gegangen werden.

Im Wärmesegment konnten im Jahr 2014 ebenfalls weitere Projekte auf den Weg gebracht werden; so wurde ein innovatives Contracting-Modell zur gemeinsamen Direktvermarktung von Strom und Wärme an Mieter entwickelt. Gemeinsam mit der Bauverein AG wurde das Projekt Blütenallee vertraglich abgeschlossen und befindet sich derzeit in der Umsetzung. Die Inbetriebnahme ist für 2015 geplant. Zusätzlich wurden mit dem Bauverein die weitere Belieferung der Lincoln-Siedlung, insbesondere der Studentenhäuser und die Frostfreihaltung der restlichen Gebäude, geregelt. Weiterhin konnte im Jahr 2014 der Erwerb des Nahwärmenetzes Riedstadt vertraglich abgeschlossen werden. Mit Übernahme der Anlagen werden seit 1. Januar 2015 durch die HSE weitere mehr als 120 Ein- und Mehrfamilienhäuser, Schulen und Kindergärten mit Wärme versorgt.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Nutzung ökonomischer Chancen der Energiewende durch den HSE-Konzern in Kooperation mit Kommunen, Industrie, Handwerk und Wissenschaft ist die Effizienz:Klasse GmbH, das regionale Kompetenzzentrum für energieeffizientes und wirtschaftliches Bauen und Modernisieren. Die unabhängige Beratungs- und Vermittlungsplattform wurde von der HSE und der Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main im Juni 2014 gegründet. Sie kann zurückgreifen auf bewährte Experten wie Architekten, Ingenieure und Energieberater sowie vor allem auf Fach-Handwerksbetriebe aus Darmstadt und der Region aus den Bereichen Sanitär-Heizung-Klima, Elektrotechnik, Wärmedämmung und Schornsteinfeger. Hausbesitzer, Privat- und Gewerbekunden und alle Interessierten können sich hier von unabhängigen Energieexperten kostenpflichtig zu allen Fragen rund um das energieeffiziente Bauen und Modernisieren beraten lassen. Ideeller Träger ist die Regionale Energiegemeinschaft Südhessen e. V., beteiligt sind hier die Kreishandwerkerschaften und Innungen mit Ihren Betrieben aus der Region Südhessen, d.h. Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Odenwald. Des Weiteren sind die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die Sparkasse Darmstadt, die Volksbank Darmstadt, die Sparkasse Odenwald und die Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main sowie die HSE und die ENTEGA sowie weitere Unternehmen beteiligt.

Nachdem die HSE Medianet Mitte des Jahres 2012 alle Städte und Gemeinden des Odenwaldkreises an das Glasfasernetz angeschlossen hatte, wurde im Dezember 2014 die Errichtung eines weiteren Breitbandnetzes für zehn Städte und Gemeinden im Kreis Bergstraße abgeschlossen. Damit steht dort nun rund 40.000 Haushalten schnelles Internet mit einer Datenübertragungsrate von bis zu 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung. Mit einer Optimierung der Vertriebsaktivitäten konnte eine Verbreiterung der Kundenbasis erreicht werden.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2014 wurde die französische Solarparkgesellschaft Future Energy Pissos No. 5 SARL verkauft und somit nicht mehr in den Konzernabschluss der HSE einbezogen. Zudem wurde ein Kaufvertrag über die Veräußerung aller Anteile an den französischen Windparkgesellschaften Le Charmois SAS, Montafilant SAS und Chermisey SAS unterzeichnet, wobei für letztere nur eine Kaufoption gewährt wurde. Aufgrund der Gestaltung der Transaktionsbedingungen werden diese Verkäufe erst 2015 bilanziell wirksam. Ebenfalls im Berichtsjahr veräußert wurden die Minderheitsbeteiligungen an der Stadtwerke Freiberg AG und der Forest Carbon Group AG, während eine Beteiligung von 13,95 Prozent an der Gasversorgung Unterfranken GmbH als Gegenleistung für den Erhalt von 50 Prozent der Anteile an der HSE AVG Beteiligungs-GmbH (nun 100 Prozent) abgetreten wurde.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die HSE für das Projekt „CO_2-neutrales Wohnen in Mörfelden-Walldorf" sowie für ihre Gesamtstrategie einer klimaschonenden Energieversorgung als „KlimaStadtWerk des Monats" ausgezeichnet.

Für die gute Servicequalität und Kundenorientierung erhielt die ENTEGA die Auszeichnungen „Deutschlands kundenorientiertester Dienstleister 2014" und den ersten Platz im Stromanbietervergleich des Fernsehsenders „n-tv".

Im Jahr 2014 legte der HSE-Konzern seinen vierten Nachhaltigkeitsbericht vor, in dem die Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele als bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikatoren dargestellt werden. Im Hinblick auf die Vollständigkeit der Berichterstattung wurde von der Global Reporting Initiative die höchste Anwendungsebene A+ bestätigt. Die ENTEGA und die ENTEGA Energieeffizienz GmbH & Co. KG berichten hierin gesondert über ihre Nachhaltigkeitsleistungen.

Über die NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz gGmbH (IKU) und die HSE-Stiftung wurden auch im Jahr 2014 Forschung und Soziales unterstützt.

Darstellung der Lage des Konzerns

Ertragslage

Die vertriebliche Neufokussierung zeigt im Geschäftsjahr 2014 positive Auswirkungen. So konnte beim Stromabsatz die an Endkunden gelieferte Menge gegenüber dem Vorjahresniveau leicht auf 6,2 Mrd. kWh gesteigert werden. Der Gasabsatz an Endkunden hat sich im Jahresvergleich witterungsbedingt auf 3,9 Mrd. kWh reduziert. Sowohl beim Medium Strom wie auch beim Medium Gas wurden die Mengen im Großhandelsbereich planmäßig reduziert. Im Bereich Strom von 5,3 Mrd. kWh auf 2,8 Mrd. kWh und im Bereich Gas von 4,0 Mrd. kWh auf 0,4 Mrd. kWh.

Der Wasserabsatz liegt mit 13,3 Mio. m^3 leicht unter auf dem Niveau des Vorjahres (-2,7 Prozent). Der Wärmeabsatz fällt mit 231 Mio. kWh deutlich geringer aus als im Vorjahr (434 Mio. kWh), was neben den deutlich überdurchschnittlichen Jahrestemperaturverläufen in erster Linie an der Änderung des Geschäftsmodells der Konzerntochter Industriekraftwerk Breuberg GmbH liegt, die nunmehr das Gas zum Betrieb eines Heizkraftwerks liefert und nicht mehr die damit erzeugte Wärme.

Der HSE-Konzern generierte eine Gesamtleistung (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen) im Geschäftsjahr 2014 von 1.616 Mio. € (-16,5 Prozent). Maßgeblich verantwortlich für den Rückgang zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse, die um 306 Mio. € bzw. 16,0 Prozent niedriger ausfallen, wovon 241 Mio. € auf die geplante Reduzierung von Handelsaktivitäten und 67 Mio. € auf den Vertrieb von Energie an Endkunden entfallen. Hierin spiegelt sich der oben dargestellte Rückgang der Mengen wider.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe 88 Mio. € (Vorjahr 96 Mio. €) sind in beiden Jahren stark von Einmaleffekten geprägt. Während im Vorjahr ein Buchgewinn aus der Veräußerung der Enviro-Gruppe von 36 Mio. € enthalten war, sind im Berichtsjahr insbesondere die Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr 5 Mio. €) hervorzuheben, die im Wesentlichen aus Netzabgängen resultieren, sowie 19 Mio. € aus dem Abgang von Beteiligungen an der Gasversorgung Unterfranken GmbH, der Stadtwerke Freiberg AG und der französischen Solarparkgesellschaft Future Energy Pissos No. 5 SARL.

Etwas überproportional zur Gesamtleistung verminderte sich der Materialaufwand um 19,2 Prozent auf 1.256 Mio. €. Der Materialaufwand enthält einen belastenden Sondereffekt aus der Zuführung zur notwendigen marktbezogenen Risikovorsorge für langfristige Strombezugsverträge von 25 Mio. € (Vorjahr 19 Mio. €). Der Rohertrag sank damit im Jahresvergleich um 5,7 Prozent auf 361 Mio. €.

Im HSE-Konzern belaufen sich die Personalaufwendungen des Geschäftsjahres 2014 auf insgesamt 153 Mio. € (-12,8 Prozent). Während sich die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl von 2.227 auf 2.139 nur um 4,0 Prozent verringerte, ist der größere Teil des Rückgangs durch den im Vorjahr enthaltenen Sondereffekt aus Rückstellungsbildung für Maßnahmen der Vorwärtsstrategie zurückzuführen.

Die Abschreibungen liegen um 29,2 Prozent bzw. 26 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres, was in erster Linie aus der außerplanmäßigen Abschreibung des GTKW im Vorjahr resultiert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten u.a. durch Einsparungen im Bereich der Marketingausgaben und Unternehmensberatungen von 158 Mio. € auf 142 Mio. € gesenkt werden (-10,1 Prozent).

Das Beteiligungsergebnis als Summe der Erträge aus Beteiligungen und Ausleihungen sowie dem Aufwand aus der Abwertung derselben wird im Geschäftsjahr durch die Abwertung einer Beteiling im Bereich der Regenerativen von 4 Mio. € ebenso belastet wie durch die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Ausschüttungen von Minderheitsbeteiligungen des Konzerns. Im Jahresvergleich sinkt das Beteiligungsergebnis somit von 17 Mio. € auf 11 Mio. €. Gegenläufig hierzu verbessert sich der Saldo der Zinserträge und -aufwendungen um 4 Mio. €, was zu gut der Hälfte aus Rückstellungsab- und -aufzinsungen resultiert.

Das EBIT (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Zinserträgen und -aufwendungen) als maßgeblicher finanzieller Leistungsindikator des HSE-Konzerns liegt mit 103 Mio. € um 39,2 Prozent über dem Vorjahreswert von 74 Mio. €, was zusammenfassend vor allem auf gesunkene Aufwendungen durch Optimierungsmaßnahmen aus der Vorwärtsstrategie und den Wegfall von belastenden Sondereffekten zurückzuführen ist.

Im außerordentlichen Ergebnis sind im Wesentlichen die Aufwendungen aus Rückstellungsbildungen für Maßnahmen des Personalkonzepts abgebildet.

Der Anstieg des Aufwands aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 15 Mio. € im Vorjahr auf 24 Mio. € im Geschäftsjahr 2014 entfällt mit 4 Mio. € auf geringere Erträge aus der Veränderung der latenten Steuer und 6 Mio. € auf laufende Steuern.

Das Konzernergebnis liegt bei -10 Mio. € und somit um rund 9 Mio. € unterhalb der Prognose des Vorjahres, da die positiven Effekte der Vorwärtsstrategie durch außerordentliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der vollständigen Abbildung der Restrukturierungsmaßnahmen von 35 Mio. € mehr als kompensiert wurden.

Finanzlage

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit von 177 Mio. € wurde im Berichtsjahr im Wesentlichen durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 99 Mio. € und einer Verringerung des Bestands an flüssigen Mitteln abgedeckt. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fällt zudem im Geschäftsjahr 2014 untypischerweise positiv aus, was aus den Einzahlungen aus Netzabgängen und der Veräußerung von Beteiligungen liegt, deren Volumen die Investitionen übersteigen. Der Schwerpunkt der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von 36 Mio. € liegt wie schon in Vorjahren erneut im Bereich der Netzinfrastruktur und regenerative Erzeugeranlagen, während die Auszahlungen für Finanzanlagen mit 26 Mio. € fast vollständig weitere Ausleihungen an den Offshore-Windpark Global Tech I betreffen. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Berichtsjahr durch den Saldo aus Tilgung und Neuaufnahme von Darlehen in Höhe von -130 Mio. € geprägt.

Der HSE-Konzern ist zum Bilanzstichtag mit 59 Mio. € Eigenkapital, 795 Mio. € unverzinslichem Fremdkapital und 759 Mio. € verzinslichem Fremdkapital in Form von Anleihen, Darlehen und Schuldscheinen finanziert. Für letzteres wurde im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 49 Mio. € Zinsen gezahlt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns verringerte sich im Jahresvergleich um 7,8 Prozent auf 1.613 Mio. €.

Die Anlagenintensität beträgt zum Bilanzstichtag 66,3 Prozent und liegt damit über dem Vorjahreswert von 63,7 Prozent, obwohl sich insbesondere der Buchwert der Sachanlagen um 58 Mio. € verringerte. Neben den Netzabgängen und Änderungen des Konsolidierungskreises ist dies auch das Ergebnis von Abschreibungen, die die Investitionen des Geschäftsjahres überstiegen. Das Konzernanlagevermögen ist unverändert vollständig durch das Eigenkapital, den Sonderposten für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital bzw. Abgrenzungsposten gedeckt.

Zum Bilanzstichtag weist der HSE-Konzern ein Umlaufvermögen von 510 Mio. € aus. Der Rückgang zum Vorjahr (610 Mio. €) resultiert im Wesentlichen aus dem in der Darstellung der Finanzlage bereits erläuterten geringeren Bestand an flüssigen Mitteln sowie witterungsbedingt niedrigeren Kundenforderungen.

Das Konzerneigenkapital verringerte sich überwiegend durch das negative Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2014. Des Weiteren reduzierte sich durch den Abgang der Beteiligung an der Gasversorgung Unterfranken GmbH auch der Minderheitenanteil an Eigenkapital. Die wirtschaftliche Konzerneigenkapitalquote sinkt dadurch im Jahresvergleich unter anteiliger Berücksichtigung empfangener Investitionszuschüsse und des Sonderpostens für Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung von 8,6 Prozent auf 7,5 Prozent.

Die Rückstellungen werden zum Bilanzstichtag mit 437 Mio. € um 8,7 Prozent höher ausgewiesen als im Vorjahr. Wesentliche Zuführungen betreffen vor allem die sonstigen Rückstellungen, so wurden inzwischen für drohende Verluste aus langfristigen Strombezugsverträgen in Summe 56 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) zurückgestellt. Zudem bestehen zum Bilanzstichtag Rückstellungen von 43 Mio. € für Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Vorwärtsstrategie.

Insgesamt weist der HSE-Konzern um 12,5 Prozent gesunkene Verbindlichkeiten von 973 Mio. € aus. Der Großteil der Veränderung ergibt sich aus der Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 449 Mio. € auf 335 Mio. € sowie der Reduzierung der sonstigen Verbindlichkeiten von 179 Mio. € auf 142 Mio. € - beides im Wesentlichen durch planmäßige Darlehenstilgungen.

Darstellung der Lage der HSE AG

Ertragslage

Insgesamt reduzierten sich die Umsatzerlöse bei der HSE AG um 247 Mio. € bzw. 42,3 Prozent auf 337 Mio. €. Vom Rückgang der Umsatzerlöse entfallen 242 Mio. € auf die konzerninternen Handelsumsätze. Diese Entwicklung ist in erster Linie mengengetrieben durch einen Rückgang des Absatzes im Bereich Strom von 6,8 Mrd. kWh auf 4,1 Mrd. kWh sowie im Bereich Gas von 4,1 Mrd. kWh auf nunmehr 2,9 Mrd. kWh.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse der HSE AG liegt nahezu ausschließlich in der Reduzierung konzerninterner Handelsumsätze begründet. Die Umsätze in anderen Geschäftsbereichen zeigen ein im Jahresvergleich stabiles Niveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Geschäftsjahr 2014 stark von Einmaleffekten aus Anpassungen im Beteiligungsportfolio geprägt, insbesondere der in dieser Position enthaltene Ertrag von 144 Mio. € aus der Einbringung der Beteiligung an der ENTEGA in eine andere Tochtergesellschaft.

Durch das niedrigere Niveau an konzerninternen Strom- und Gaslieferungen verringerte sich der Materialaufwand proportional zu den gesunkenen Umsatzerlösen um 42,3 Prozent.

Die Personalaufwendungen, die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 101 Mio. € (Vorjahr: 137 Mio. €) verringern sich deutlich, was vor allem auf die Sondereffekte der außerplanmäßigen Abschreibung des GTKW und der Zuführung zur Risikovorsorge für schwebende Geschäfte im Vorjahr zurückzuführen ist.

Das Finanzergebnis fiel mit 11 Mio. € (Vorjahr: 119 Mio. €) deutlich niedriger aus, wobei im Geschäftsjahr 2014 die Ausschüttung der HSE Netz AG durch Sondereffekte von 33 Mio. € (Vorjahr: 54 Mio. €) erhöht war. Daneben spiegelte sich im Vorjahr auch die Veräußerung der Enviro-Gruppe positiv in den Beteiligungserträgen wider, während im Geschäftsjahr 2014 Abschreibungen von 58 Mio. € auf die Beteiligungen an der e-netz, der HSE Medianet und der HSE Regenerativ vorgenommen werden mussten.

Das EBIT (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Zinserträgen und -aufwendungen) fällt mit 128 Mio. € mehr als doppelt so hoch aus wie der Vorjahreswert von 52 Mio. €.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten die Zuführung zu Rückstellungen für geplante Restrukturierungsmaßnahmen. In den Steuern vom Einkommen und Ertrag zeigt sich im Wesentlichen die ertragswirksame Auflösung der passiven latenten Steuer von 22 Mio. € durch die Verringerung der Differenzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz, nachdem im Vorjahr noch ein

Aufwand von 36 Mio. € aus der Übernahme der passiven latenten Steuer nach Abschluss einer ertragsteuerlichen Organschaft mit der HSE Netz AG anfiel.

Insgesamt überwiegen die Erträge aus der Anpassung des Beteiligungsportfolios und der Wegfall der belastenden Einmaleffekte in den Rückstellungen und latenten Steuern den Rückgang der Beteiligungserträge, so dass die HSE AG das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 111 Mio. € beendet, der insbesondere aufgrund der Anpassung des Beteiligungsportfolios deutlich über der letztjährigen Prognose liegt.

Finanzlage

Die HSE AG ist zum Bilanzstichtag mit 394 Mio. € Eigenkapital, 319 Mio. € unverzinslichem Fremdkapital und 520 Mio. € verzinslichem Fremdkapital in Form von Darlehen und Schuldscheinen finanziert. Für letzteres fielen im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 20 Mio. € Zinsen an.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HSE AG erhöhte sich im Jahresvergleich um 4,5 Prozent auf 1.234 Mio. €. Auf der Aktivseite ist das Bilanzbild unverändert geprägt durch das Anlagevermögen (75,2 Prozent der Bilanzsumme) und die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (13,8 Prozent der Bilanzsumme).

Die Entwicklung des Anlagevermögens wurde im Geschäftsjahr 2014 maßgeblich durch den Anstieg des Finanzanlagevermögens von 692 Mio. € auf 799 Mio. € durch Anpassungen im Beteiligungsportfolio beeinflusst. Neben der Einbringung der Entega und der o.g. Abwertungen wurde die HSE Entsorgung GmbH auf die HSE AG verschmolzen, die restlichen Anteile an der Stadtwerke Freiberg AG veräußert und weitere Ausleihungen an die Global Tech I Wind GmbH vergeben. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen liegen 7 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres von 10 Mio. € und betreffen vor allem Maßnahmen im Wasser- und Wärmenetz. Insgesamt verringerte sich der Buchwert des Anlagevermögens um 12,1 Prozent auf 928 Mio. €.

Das Anlagevermögen der HSE AG ist zu 82,7 Prozent (Vorjahr: 83,7 Prozent) durch Eigenkapital, empfangene Ertragszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital überwiegend fristenkongruent gedeckt. Zur vollständigen fristenkongruenten Deckung bestehen ausreichende Kreditrahmen bei Tochterunternehmen.

Im Umlaufvermögen verringerten sich im Jahresvergleich insbesondere die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 33,0 Prozent auf 170 Mio. € durch den verschmelzungsbedingten Wegfall der Forderungen gegen die HSE Entsorgung GmbH sowie den Rückgang der Forderungen aus innerkonzernlicher Finanzierung gegen die HSE Netz AG und die HSE Medianet GmbH. Gegenläufig erhöhten sich die flüssigen Mittel um 72,1 Prozent auf 47 Mio. €.

Das Eigenkapital der HSE AG erhöhte sich durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 auf 399 Mio. €. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote unter anteiliger Einbeziehung des Sonderpostens für unentgeltlich ausgegebene Emissionsrechte und empfangener Investitionszuschüsse stieg entsprechend auf 33,3 Prozent (Vorjahr: 24,9 Prozent).

Die sonstigen Rückstellungen liegen zum Bilanzstichtag mit einem Saldo von 127 Mio. € 7,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, was sich vor allem an der Risikovorsorge für drohende Verluste aus belastenden Energiebezugsverträgen ergibt, die diese Position maßgeblich beeinflussen. Hierbei kompensieren weitere Zuführungen den Umstand, dass erstmalig auch auf Ebene der HSE AG analog zur Vorgehensweise im Konzern bei der Bewertung der Rückstellung die positiven Deckungsbeiträge, die auf Ebene der Entega erwirtschaftet werden und der HSE AG phasengleich zufließen, in Abzug gebracht werden. Die Verbindlichkeiten liegen mit 590 Mio. € insgesamt 40 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Der Tilgung von Schuldscheindarlehen im Volumen von 108 Mio. € steht hier ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 102 Mio. € gegenüber, der im Wesentlichen aus konzerninternen Darlehen resultiert.

Ereignisse nach dem Schluss des Geschäftsjahrs

Wertaufhellende bilanzierungspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten; gleiches gilt für nicht bilanzierungspflichtige Vorgänge.

Ausblick

Für das Jahr 2015 rechnet die Bundesregierung mit einer allmählichen Verbesserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung bei weiterhin starker Binnennachfrage, so dass die Prognosen von einem Wirtschaftswachstum auf dem Niveau des Jahres 2014 ausgehen.

Die Energiebranche wird voraussichtlich auch im Jahr 2015 weiterhin von einer Unsicherheit geprägt sein, die langfristige Investitionsentscheidungen erschwert. Für Betreiber konventioneller Kraftwerke wird vor allem die Frage nach dem zukünftigen Energiemarktdesign im Mittelpunkt stehen, für Netzbetreiber die Frage nach Ausbau und Weiterentwicklung der bestehenden

Netzinfrastruktur. Im Bereich der regenerativen Energieerzeugung ist mit einem stärkeren Wettbewerb um ertragsstarke Standorte vor dem Hintergrund der ab dem 1. Januar 2015 geltenden Direktvermarktungspflicht zu rechnen. Die nationale Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie verspricht hingegen Wachstumspotential für den Markt der Energieeffizienzdienstleistungen.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen muss mit weiterhin niedrigen Strompreisen am Großhandelsmarkt gerechnet werden bei gleichzeitigem Rückgang der Menge durch Umsetzung der Energieeffizienzmaßnahmen. Die EEG-Umlage wird hierbei weiter steigen, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren. Auch beim Gasverbrauch ist mit einem Rückgang insbesondere in der Wärmeerzeugung zu rechnen, während Prognosen hinsichtlich des Preises aufgrund zahlreicher externer Einflüsse wie Ölpreis, politischer Krisen in Förder- und Transitländern sowie Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen nur schwer zu prognostizieren ist.

Der HSE-Konzern sieht sich vor dem Hintergrund der rahmenwirtschaftlichen Entwicklungen auch in den kommenden Geschäftsjahren weiterhin vor großen strategischen Herausforderungen und Aufgaben, deren Bewältigung bzw. konsequente Umsetzung zu einer Steigerung der Ertragskraft des Konzerns führen werden. Ein Bestandteil wird hierbei das kontinuierliche aktive Einbringen in die politischen Diskussionen sein, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Energiewende.

Die Maßnahmen, die im Rahmen der „Vorwärtsstrategie" definiert wurden, werden weiter verfolgt und nach positiven Effekten im abgeschlossenen Geschäftsjahr auch im Jahr 2015 eine erhebliche Ergebnisverbesserung erbringen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird im Jahr 2015 auf der Intensivierung der regionalen Vertriebsaktivitäten und der Einführung von Produktinnovationen liegen, um die Führungsposition als regionaler Energieversorger weiter auszubauen und margenträchtige Synergien zu den vom HSE-Konzern angebotenen Energieeffizienzdienstleistungen zu erschließen. Hierzu wird auch eine Bereinigung der Markenvielfalt im Konzern dienen.

Im Bereich Erzeugung und Energiebeschaffung werden auch im Jahr 2015 die Einsatzmöglichkeiten des GTKW sowie das weitere Vorgehen im Rahmen eines langfristigen Energiebezugsvertrages im Mittelpunkt stehen. Die regenerative Energieerzeugung soll derweil weiter durch die Entwicklung vielversprechender On-Shore Standorte ausgebaut werden.

Die begonnene Konsolidierung des Beteiligungsportfolios wird im Geschäftsjahr 2015 weiter fortgeführt.

Die Konzernumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 werden sich voraussichtlich auf rund 1,6 Mrd. € belaufen. Nach deutlicher Reduzierung entlastender Einmaleffekte und der endlichen Belastung aus der Risikovorsorge für den langfristigen Strombezugsvertrag wird ein EBIT von mehr als 50 Mio. € erreicht. Im Jahresvergleich wird eine Ergebnisverbesserung erwartet, die zu einem annähernd ausgeglichenen Ergebnis führt.

Im Einzelabschluss der HSE AG erwarten wir für das Geschäftsjahr 2015, dass bei Umsätzen von 331 Mio. € ein Jahresfehlbetrag im einstelligen Millionen-Bereich erreicht wird. Dieses Jahresergebnis wird durch die Risikovorsorge für den langfristigen Strombezugsvertrag geprägt sein.

Chancen- und Risikosituation

Den Anforderungen des „Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich" hinsichtlich der Verpflichtung zum Risikomanagement unter Anwendung von Kontrollsystemen wird Rechnung getragen. Teil des Risikomanagements bildet das nach den Vorschriften des Aktiengesetzes eingerichtete konzernweite Risikofrüherkennungssystem. Dem Vorstand sind danach keine Risiken bekannt, die für das Unternehmen bestandsgefährdend sind und nicht durch geeignete Gegenmaßnahmen adäquat gesteuert werden.

In Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten ist der Konzern grundsätzlich Ausfallrisiken hinsichtlich der von uns gehaltenen Unternehmensbeteiligungen und der Ausleihungen und Forderungen an Beteiligungsunternehmen sowie Zinsrisiken hinsichtlich der Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen ausgesetzt. Die wirtschaftliche Entwicklung und Risikolage der Unternehmensbeteiligungen, insbesondere der Beteiligung an der Global Tech I Wind GmbH und an anderen Minderheitsbeteiligungen wird fortlaufend überwacht. Eventuell notwendige Steuerungsmaßnahmen werden frühzeitig ergriffen. Das Zinsänderungsrisiko für den variabel verzinslichen Teil der Schuldscheindarlehen wird ebenfalls fortlaufend überwacht und gegebenenfalls durch Sicherungsmaßnahmen gemindert.

Zudem bestehen Zahlungsstromrisiken aus dem Strom- und Gasbezug für getätigte Absatzgeschäfte, die durch den Abschluss von Forwardgeschäften für Strom, Gas und Emissionszertifikate sowie Strom-, Kohle-, Gas- und Öl-Swaps im Rahmen der Beschaffung minimiert werden. Die Steuerung der Mengen und Risiken aus diesen Beschaffungs- und Absatzgeschäften erfolgt jeweils für die Basiswerte Gas und Strom pro Lieferjahr zusammengefasst in Portfolien, für die jeweils eine separate Deckungsbeitragsrechnung geführt wird und für die der Value at Risk (VaR) als zentrale Risikosteuerungsgröße dient, der als die erwartete maximale

negative Veränderung des Ergebnisses innerhalb von 10 Tagen aufgrund von Marktpreisänderungen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent unter normalen Marktbedingungen nicht übertroffen wird, definiert ist. Der VaR zum Bilanzstichtag beträgt 661 T€. Weiterhin gelten Mengenlimits für offene Positionen innerhalb der Portfolien. Liquiditäts- und Ausfallrisiken aus diesen Geschäften begegnet der Konzern durch ein zentrales Portfoliomanagement, Aufrechnungsvereinbarungen und Auswahl von solventen Handelspartnern. Für weitere Details der eingesetzten Sicherungsinstrumente und -zusammenhänge verweisen wir auf den Konzernanhang.

Neben allgemeinen Markt- und Betriebsrisiken bestehen erzeugungs-, bezugs- und absatzseitige Chancen wie auch Risiken aufgrund der künftigen Preisentwicklung auf den Energiemärkten sowie der Umsetzung der strategischen Ausrichtung des HSE-Konzerns. Wesentliche Risiken betreffen hierbei insbesondere den Bereich der regulierten Energienetze und die auf die Rentabilität des GTKW und der GKI sowie das Ergebnispotenzial langfristiger Bezugsverträge wirkenden Ausgestaltungen von Marktdesign und Marktpreisniveau. Weitere regulatorische Risiken können sich aus der verpflichtenden Einführung von intelligenten Messsystemen oder anderen gesetzlichen Anforderungen ergeben.

Daneben sind keine weiteren besonderen Risiken für das Unternehmen bekannt.

Schlusserklärung nach § 312 Aktiengesetz

Der Vorstand der HSE berichtet:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Getroffene oder unterlassene Maßnahmen gab es im Geschäftsjahr 2014 nicht. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren."

Darmstadt, 31. März 2015

Der Vorstand

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen:		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände:		
1. entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	139	219
2. Geschäfts- oder Firmenwert	19	24
	158	243
II. Sachanlagen:		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.884	30.807
2. technische Anlagen und Maschinen	94.019	93.215
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.043	7.754
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	903	4.393
	128.849	136.169
III. Finanzanlagen:		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	444.763	370.402
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	62.346	62.471
3. Beteiligungen	141.472	133.433
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	142.462	116.423
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	2
6. sonstige Ausleihungen	7.992	8.913
	799.035	691.644
	928.042	828.056
B. Umlaufvermögen:		
I. Vorräte:		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.928	1.279
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	5.366	5.693
3. erhaltene Anzahlungen auf Bauleistungen	-342	0
4. geleistete Anzahlungen	0	842
5. Emissionsrechte	5.432	5.522
	12.384	13.336
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37.325	34.278
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	170.011	252.960
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.866	6.898
4. sonstige Vermögensgegenstände	28.019	13.789
	243.221	307.925
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	46.693	27.139
	302.298	348.400
C. Rechnungsabgrenzungsposten	638	948
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2.614	2.513
	1.233.592	1.179.917

Passiva

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Eigenkapital:		
I. Gezeichnetes Kapital	146.278	146.278
II. Kapitalrücklage	105.336	105.336
III. Gewinnrücklagen:		
1. gesetzliche Rücklage	4.951	4.951
2. andere Gewinnrücklagen	39.159	39.159
	44.110	44.110
IV. Bilanzgewinn/-verlust (-)	103.619	-12.255
	399.343	283.469
B. Empfangene Investitionszuschüsse	15.691	14.916
C. Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Emissionsrechte	305	259
D. Rückstellungen:		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	71.962	66.261
2. Steuerrückstellungen	14.973	11.973
3. sonstige Rückstellungen	126.895	137.376
	213.830	215.610
E. Verbindlichkeiten:		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	131.864	245.044
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.916	33.642
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	313.895	212.152
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	717	554
5. sonstige Verbindlichkeiten	110.508	138.117
	589.900	629.509
F. Rechnungsabgrenzungsposten	113	0
G. Passive latente Steuern	14.410	36.154
	1.233.592	1.179.917

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum

vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014

	2014 T€	2013 T€
1. Umsatzerlöse	337.402	584.853
2. Erhöhung oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-327	1.720
3. sonstige betriebliche Erträge	196.464	43.583
4. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	303.603	547.499
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	33.716	36.889
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	23.683	25.892
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.545	6.111
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.327	35.468
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	59.685	69.107
8. Erträge aus Beteiligungen	27.155	53.367
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	50.139	76.817
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13.452	12.924
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.814	10.885
12. Aufwand aus Verlustübernahmen	120	0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	57.862	6
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.971	34.828
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**105.587**	**28.349**
16. Außerordentliche Erträge	192	3.394
17. Außerordentliche Aufwendungen	5.018	0
18. Außerordentliches Ergebnis	**-4.826**	**3.394**
19. Ertrag (Vorjahr: Aufwand) aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-15.305	43.859
20. sonstige Steuern	192	151
21. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**115.874**	**-12.267**
22. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	-12.255	12
23. Bilanzgewinn/-verlust (-)	**103.619**	**-12.255**

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt

Anhang
für das Geschäftsjahr 2014

Allgemeine Informationen

Der Lagebericht und der Jahresabschluss 2014 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Aktiengesetzes in den jeweils gültigen Fassungen aufgestellt.

Die Bilanz entspricht der Gliederung nach § 266 HGB; zusätzlich werden die Posten „Emissionsrechte", „Empfangene Investitionszuschüsse" und „Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Emissionsrechte" dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß § 275 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Konzernverhältnis

Die Gesellschaft erstellt einen Konzernabschluss. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und bekannt gemacht. Die Gesellschaft wird des Weiteren in den Konzernabschluss der HEAG Holding AG-Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt, einbezogen, der ebenfalls im Bundesanzeiger eingereicht und unter der Nummer HRB 1059 beim Amtsgericht Darmstadt veröffentlicht wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden und - sofern nicht gesondert angegeben- unverändert zum Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden planmäßig linear über ihre betriebsindividuell geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts, der vor dem 1. Januar 2010 entgeltlich erworben wurde, erfolgt entsprechend seiner geschätzten Nutzbarkeit über einen Zeitraum von 15 Jahren.

Bei Geschäfts- oder Firmenwerten denen eine Nutzungsdauer von mehr als fünf Jahren zugrunde gelegt wird, erfolgt dies aufgrund von Erfahrungen der Vergangenheit bezüglich Produkten und Absatzmärkten sowie den geschäftlichen Rahmenbedingungen, um so ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild zu vermitteln.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten und, soweit sie der Abnutzung unterliegen, planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Unterjährig zugegangene Wirtschaftsgüter werden zeitanteilig (pro rata temporis) abgeschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über die betriebsindividuell geschätzte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauernder Wertminderung – zu den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Verzinsliche Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert; niedrig verzinsliche oder zinslose Ausleihungen sind auf den Barwert abgezinst. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu den niedrigeren Wiederbeschaffungskosten oder zu den niedrigeren Verkaufserlösen abzüglich aller bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten angesetzt. Für Substratbestände wurden abweichend zum Vorjahr keine Festwerte gemäß § 240 Absatz 3 HGB mehr gebildet, da die Bestände hierfür zu starken Schwankungen unterliegen. Im Vorjahr betrug der Festwert 715 T€, im aktuellen Jahr beträgt der Buchwert 1.466 T€.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wird einzeln zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips durchgeführt. Dem Lagerhaltungsrisiko wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten bewertet, wobei neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten auch anteilige Gemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 S. 2 HGB berücksichtigt werden. Zinsen für Fremdkapital werden nicht berücksichtigt.

Die bilanzierten, unentgeltlich zugewiesenen und angeschafften Emissionsrechte werden in Höhe des Zeitwerts zum Zuteilungszeitpunkt bzw. zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Den unentgeltlich zugewiesenen Rechten steht ein Passivposten gegenüber.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Erkennbare Einzelrisiken werden durch angemessene Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert bewertet.

Die bis einschließlich des Jahres 2002 empfangenen Investitionszuschüsse werden im Zugangsjahr mit 2,5 Prozent und in den Folgejahren mit 5,0 Prozent der Ursprungsbeträge aufgelöst. Die ab dem Jahr 2003 empfangenen Investitionszuschüsse werden analog der Nutzungsdauer und den Abschreibungen für die den Zuschüssen zuordenbaren Anlagengüter aufgelöst. Die Auflösungsbeträge werden jeweils in den Umsatzerlösen gezeigt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden versicherungsmathematisch nach dem ratierlich degressiven Anwartschaftsbarwertverfahren beziehungsweise als Barwert künftiger Versorgungsleistungen berechnet. Die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck wurden der Berechnung zugrunde gelegt. Die Abzinsung erfolgt entsprechend § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB mit einem Zinssatz von 4,6 Prozent. Es wurden für künftige Gehaltssteigerungen 2,5 Prozent, für künftige Rentensteigerungen 2,5 Prozent für unmittelbare Verpflichtungen beziehungsweise 1,0 Prozent für mittelbare Verpflichtungen berücksichtigt. Bei den Versorgungsverpflichtungen gegenüber Vorständen und ehemaligen Vorständen erfolgt die Abzinsung personenbezogen mit einem Zinssatz zwischen 4,4 und 4,7 Prozent. Künftige Gehaltssteigerungen wurden mit 3,3 Prozent und künftige Rentensteigerungen mit 3,0 Prozent berücksichtigt.

Die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB) wurden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet, welcher im Wesentlichen aus Börsenkursen abgeleitet ist und mit den zugrundeliegenden Rückstellungen verrechnet ist.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten gemäß § 249 Absatz 1 HGB sowie drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden unter Verwendung der laufzeitadäquaten Referenzzinssätze laut Deutscher Bundesbank von 2,9 bis 4,6 Prozent abgezinst. Die Rückstellungen für Altersteilzeit, Jubiläen und Deputate sind versicherungsmathematisch bewertet, ebenfalls unter Verwendung laufzeitadäquater Zinssätze zwischen 2,9 und 4,6 Prozent.

Die HSE hält zum Bilanzstichtag energiewirtschaftliche Finanzinstrumente, die abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz in jeweils einem Saldierungsbereich für Strom und für Gas zusammengefasst bewertet werden. Das Stromportfolio beinhaltet alle Absatz- und Beschaffungsgeschäfte inklusive Kraftwerksbewirtschaftungen für den Basiswert Strom sowie die damit zusammenhängenden Referenzierungen auf Kohle, Gas und CO_2-Emissionszertifikate. Das Gasportfolio beinhaltet alle Absatz- und Beschaffungsgeschäfte für den Basiswert Gas. Es wird jeweils auf Jahresscheiben abgegrenzt. Für jeden Saldierungsbereich werden zum Bilanzstichtag die Erträge und Aufwendungen der einbezogenen Geschäfte saldiert. Die offenen Positionen werden auf Grundlage stichtagsbezogener Marktdaten zum Zeitwert bewertet. Das Ergebnis der Saldierung wird pro Lieferjahr mit den voraussichtlich auf Ebene des Vertriebs und Portfoliomanagements anfallenden Deckungsbeiträgen verrechnet und im Fall eines Verpflichtungsüberhangs eine Drohverlustrückstellung gebildet und mit den laufzeitadäquaten Referenzzinssätzen laut Deutscher Bundesbank abgezinst. Der Deckungsbeitrag entspricht hierbei dem Anteil für Strom bzw. Gas des Jahresüberschusses vor Steuern und Verwaltungskosten für Geschäftsführung und Controlling der Vertriebsgesellschaft ENTEGA Energie GmbH & Co. KG (vormals: ENTEGA GmbH & Co. KG).

Die beschriebene Bewertungsmethode stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Durchbrechung der Bewertungsstetigkeit dar, da die Geschäfte in den Vorjahren mittels verschiedener Bewertungseinheiten dargestellt wurden. Durch die nun erstmalig erfolgte Saldierung mit den oben genannten Deckungsbeiträgen verringert sich der Nominalwert der Drohverlustrückstellung um 23.073 T€. Das jetzige Vorgehen entspricht allerdings der gelebten Steuerung und zeigt ein den tatsächlichen Verhältnissen besser entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt. Agiobeträge werden direkt dem Zinsaufwand zugeführt.

Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Latente Steuern betreffen abweichende Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Zudem werden Verlustvorträge berücksichtigt, sofern innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Verlustverrechnung wahrscheinlich ist.

Erläuterungen zur Aktivseite der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt der folgende Anlagespiegel:

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt
Anlagespiegel
zum 31. Dezember 2014

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwert	
	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2014	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	31.12.2014	01.01.2014	31.12.2014
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.002	11	9	0	11.004	10.783	90	8	10.865	219	139
2. Geschäfts- oder Firmenwert	66	0	0	0	66	42	5	0	47	24	19
	11.068	**11**	**9**	**0**	**11.070**	**10.825**	**95**	**8**	**10.912**	**243**	**158**
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	68.929	1.345	2.571	0	67.703	38.122	2.752	55	40.819	30.807	26.884
2. Technische Anlagen und Maschinen	318.052	5.531	3.293	3.250	323.540	224.837	6.626	1.942	229.521	93.215	94.019
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.451	188	219	3	15.423	7.697	854	171	8.380	7.754	7.043
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.393	-237	0	-3.253	903	0	0	0	0	4.393	903
	406.825	**6.827**	**6.083**	**0**	**407.569**	**270.656**	**10.232**	**2.168**	**278.720**	**136.169**	**128.849**
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	395.515	245.103	115.836	0	524.782	25.113	54.906	0	80.019	370.402	444.763
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	62.471	0	125	0	62.346	0	0	0	0	62.471	62.346
3. Beteiligungen	141.983	13.885	2.890	0	152.978	8.550	2.956	0	11.506	133.433	141.472
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	116.423	26.111	72	0	142.462	0	0	0	0	116.423	142.462
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	2	0	2	0	0	0	0	0	0	2	0
6. Sonstige Ausleihungen	8.931	0	930	0	8.001	18	0	9	9	8.913	7.992
	725.325	**285.099**	**119.855**	**0**	**890.569**	**33.681**	**57.862**	**9**	**91.534**	**691.644**	**799.036**
Summe Anlagevermögen	**1.143.218**	**291.937**	**125.947**	**0**	**1.309.208**	**315.162**	**68.189**	**2.185**	**381.166**	**828.056**	**928.042**

Es bestehen folgende Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
citiworks AG	Darmstadt	100,00	19.228	1.455	2014
Count+ Care GmbH & Co. KG	Mainz	74,90	11.001	3.376	2014
Count+ Care Verwaltungs-GmbH	Mainz	74,90	27	2	2014
e-netz Südhessen GmbH & Co. KG (ehemals: HSE Technik GmbH & Co. KG)	Darmstadt	100,00	20.033	-13.921	2014
e-netz Südhessen Verwaltungs-GmbH (ehemals: HSE Technik Verwaltungs-GmbH)	Darmstadt	100,00	108	8	2014
Effizienz: Klasse GmbH [5]	Darmstadt	49,00	n.a.	n.a.	n.a.
ENTEGA Energieeffizienz GmbH & Co. KG	Darmstadt	100,00	2.867	298	2014
ENTEGA Energieeffizienz Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	29	2	2014
Global Tech I Offshore Wind GmbH [1]	Hamburg	24,90	-66.554	-25.608	2013
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	27,27	41.227	2.401	2013
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	27,27	65	3	2013
HSE Abwasserreinigung GmbH & Co. KG [1]	Darmstadt	100,00	-3.402	181	2014
HSE Abwasserreinigung Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	27	2	2014
HSE AVG Beteiligungs-GmbH i. L. [3]	Darmstadt	100,00	1.235	-120	2014
HSE Beteiligungs-GmbH (ehemals: HSE Medianet Verwaltungs-GmbH)	Darmstadt	100,00	243.634	-42	2014
HSE Medianet GmbH	Darmstadt	100,00	12.793	1.976	2014
HSE Netz AG	Darmstadt	100,00	248.130	17.139	2014
HSE Regenerativ GmbH [1]	Darmstadt	100,00	-37	-8.648	2014
HSE Wasserversorgung Biblis GmbH	Biblis	74,90	1.001	63	2014
HSE Wasserversorgung Groß-Rohrheim GmbH	Darmstadt	100,00	34	9	2014
HSE Wohnpark GmbH & Co. KG [1]	Darmstadt	100,00	-8.589	92	2014

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
HSE Wohnpark Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	30	1	2014
Industriekraftwerk Breuberg GmbH	Höchst i. Odw.	74,00	2.324	770	2014
MW-Mayer GmbH	Darmstadt	95,00	441	161	2014
Nahwärmeversorgung Darmstadt-Dieburg GmbH i. L. [4]	Darmstadt	100,00	408	-2	2014
NATURpur Institut für Klima-und Umweltschutz gGmbH	Darmstadt	100,00	28.413	191	2014
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG [5]	Mörfelden-Walldorf	42,02	n.a.	n.a.	n.a.
Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH	Erbach	29,00	126	31	2013
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt a. M.	25,10	4.402	366	2013

Mittelbarer Anteilsbesitz:

Anteilsbesitz der HSE Energie France S.A.S., Strasbourg / Frankreich

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
Parc éolien Baudignécourt S.A.S. [1]	Rennes/ Frankreich	100,00	-1.024	-421	2014
Parc éolien Chermisey S.A.S. [1]	Rennes/ Frankreich	100,00	-408	-127	2014
Parc éolien La Lande de Carmoise S.A.S. [1]	Rennes/ Frankreich	100,00	-279	-226	2014
Parc éolien Le Charmois S.A.S. [1]	Rennes/ Frankreich	100,00	-1.537	-515	2014
Parc éolien Les Douves des Epinettes S.A.S.	Rennes/ Frankreich	100,00	583	-104	2014
Parc éolien Montafilant S.A.S. [1]	Rennes/ Frankreich	100,00	-471	-102	2014

Anteilsbesitz der HSE Beteiligungs-GmbH, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
ENTEGA Energie Verwaltungs-GmbH (vormals: ENTEGA Verwaltungs-GmbH)	Darmstadt	100,00	53	7	2014
ENTEGA Energie GmbH & Co. KG (vormals: ENTEGA GmbH & Co. KG)	Darmstadt	100,00	45.881	18.236	2014

Anteilsbesitz der HSE Medianet GmbH, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
Medianet Breitband GmbH & Co. KG	Darmstadt	100,00	687	-1.083	2014
ODENWALD-INTRANET Odinet GmbH	Erbach	26,00	92	0	2013
PEB Breitband GmbH & Co. KG	Darmstadt	51,00	104	-17	2014

Anteilsbesitz der HSE Netz AG, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
Verteilnetzbetreiber (VNB) Rhein-Main-Neckar GmbH & Co. KG	Darmstadt	100,00	3.821	4.009	2014
Verteilnetzbetreiber (VNB) Rhein-Main-Neckar Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	27	2	2014

Anteilsbesitz der HSE Regenerativ GmbH, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
HSE Energie France S.A.S.	Strasbourg / Frankreich	100,00	3.074	-27	2014
HSE Solarpark Lauingen GmbH & Co. KG	Lauingen	100,00	4.103	375	2014
HSE Solarpark Lauingen Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	32	2	2014
HSE Solarpark Leiwen GmbH & Co. KG	Darmstadt	100,00	1.144	-221	2014
HSE Solarpark Leiwen Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	32	2	2014
HSE Solarpark Thüngen GmbH & Co. KG	Darmstadt	100,00	13.196	466	2014
HSE Solarpark Thüngen Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	33	2	2014
HSE Windpark Binselberg GmbH & Co. KG	Groß-Umstadt	90,00	1.799	59	2014
HSE Windpark Binselberg Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	31	6	2014
HSE Windpark Erksdorf GmbH	Darmstadt	100,00	110	68	2014
HSE Windpark Haiger GmbH & Co. KG	Haiger	100,00	6.550	-50	2014
HSE Windpark Haiger Verwaltungs-GmbH	Darmstadt	100,00	30	2	2014
HSE Windpark Schlüchtern GmbH	Darmstadt	100,00	3.864	-66	2014
Piecki Sp. Z. o. o.	Warschau / Polen	49,00	36.485 2)	394 2)	2014
Windpark Esperstedt-Obhausen (WEO) GmbH & Co. KG 1)	Nürnberg	33,33	-2.589	-1.392	2013

Anteilsbesitz der MW-Mayer GmbH, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
ORGABO GmbH	Darmstadt	100,00	108	3	2014

Anteilsbesitz der NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz gGmbH, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
HSE NATURpur Energie AG	Darmstadt	100,00	2.992	46	2014

Anteilsbesitz der PEB Breitband GmbH & Co. KG, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
PEB Breitband Beteiligungsgesellschaft mbH	Darmstadt	100,00	35	1	2014

Anteilsbesitz der Medianet Breitband GmbH & Co. KG, Darmstadt

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital %	Eigen-kapital T€	Jahres-ergebnis T€	Geschäfts Jahr
Medianet Breitband Beteiligungsgesellschaft mbH	Darmstadt	100,00	27	1	2014

[1] Eigenkapitaldarstellung: nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag
[2] angewandter Wechselkurs zum 31. Dezember 2014: 4,2732 PLN/€
[3] Rumpfgeschäftsjahr: Eigenkapital und Jahresergebnis zum 30.09.2014
[4] Rumpfgeschäftsjahr: Eigenkapital und Jahresergebnis zum 03.02.2014
[5] Jahresabschluss 31.12.2014 liegt nicht vor

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Forderungen aus Wasser-, Strom- und Wärmeverkäufen in Höhe von 26.932 T€. Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 129.054 T€ (Vorjahr: 182.920 T€). Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht (Vorjahr: 16.085 T€).

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Körperschaftsteuerforderungen aus Vorjahren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von 1.534 T€ (Vorjahr: 2.242 T€).

Im Rahmen der Saldierung nach § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB wurden Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, mit dem Erfüllungsbetrag der Schulden verrechnet. Der beizulegende Zeitwert am Stichtag beträgt 18.081 T€, die Anschaffungskosten 17.592 T€. Die Veränderung aus der Zeitwertbilanzierung von 316 T€ wurde innerhalb des Postens Zinsen und ähnlichen Aufwendungen mit den entsprechenden Aufwendungen aus der Aufzinsung verrechnet. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 15.467 T€. Der den Buchwert der zugehörigen Schulden übersteigende Wert des Deckungsvermögens ist gesondert als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Erläuterungen zur Passivseite der Bilanz

Das Gezeichnete Kapital beträgt zum Stichtag 146.278 T€ und ist in 85.542.932 nennbetragslose auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Im Geschäftsjahr 2014 fanden keine Einstellungen in oder Entnahmen aus Rücklagen statt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Altersteilzeit- und Deputatverpflichtungen für personalbezogene Verpflichtungen, für Prozessrisiken, für ausstehende Rechnungen, für Restrukturierungsmaßnahmen, für drohende Verluste aus dem Stromportfolio, für operative energiewirtschaftliche Sachverhalte sowie für Altlasten und Ausgleichsverpflichtungen gebildet.

Zum 31. Dezember 2014 beträgt der Verpflichtungsüberhang des Stromportfolios nach Abzinsung 55.587 T€. Im Stromportfolio enthalten sind u.a. die nachfolgend aufgeführten Derivate:

- Strom-Swaps (Spot vs. Termin) mit einem Nominalvolumen von 4.384 T€ und einem Marktwert von 160 T€
- Kohle-Swaps mit einem Nominalvolumen von 72.978 T€ und einem Marktwert von 14.708 T€
- Gas-Swaps mit einem Nominalvolumen von 791 T€ und einem Marktwert von 137 T€

Zum 31. Dezember 2014 besteht kein Verpflichtungsüberschuss im Gasportfolio. Die positiven Werte werden bilanziell nicht abgebildet.

Die Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

		31.12.2014			31.12.2013		
			Restlaufzeit			Restlaufzeit	
		Gesamt T€	bis zu 1 Jahr T€	mehr als 5 Jahre T€	Gesamt T€	bis zu 1 Jahr T€	mehr als 5 Jahre T€
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	131.864	27.364	22.500	245.044	140.544	67.000
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.916	32.916	0	33.642	33.642	0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	313.895	313.895	0	212.152	212.152	0
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	717	717	0	554	554	0
5.	sonstige Verbindlichkeiten	110.508	10.912	14.277	138.117	25.211	90.410
		589.900	385.804	36.777	629.509	403.627	160.679

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr in Höhe von 30.122 T€ (Vorjahr: 23.351 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im Geschäftsjahr ausschließlich Lieferungen und Leistungen.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen 758 T€ (Vorjahr: 648 T€) auf Verbindlichkeiten aus Steuern und 5 T€ (Vorjahr: 1 T€) auf Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Die passiven latenten Steuern resultieren aus temporären Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Bilanzposten Anlagevermögen, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (passive Latenzen), Investitionszuschüsse und Rückstellungen sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen (aktive Latenzen). Aufgrund einer ertragsteuerlichen Organschaft mit der HSE Netz AG, Darmstadt, wurden auch die dort bestehenden passiven Steuerlatenzen miteinbezogen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 15,8 Prozent im Zeitpunkt der voraussichtlichen Differenzen zugrunde gelegt.

Die Eventualverbindlichkeiten von insgesamt 122.741 T€ beinhalten gegebene Bürgschaften in Höhe von 80.910 T€. Davon bestehen Bürgschaften gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 43.781 T€.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei der citiworks AG Verbindlichkeiten, für die die HSE Patronatserklärungen in Höhe von 41.831 T€ abgegeben hat. Es bestehen keine weiteren Patronatserklärungen für verbundene Unternehmen.

Aufgrund der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaften, für die Bürgschaften oder Patronatserklärungen abgegeben wurden, ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 184.957 T€. Im Wesentlichen beinhalten diese Verpflichtungen nicht in Anspruch genommene Kontokorrentlinien, die verbundenen Unternehmen und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gewährt wurden, sowie sonstige Zahlungsverpflichtungen von 12.634 T€. Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen betragen zum Stichtag 30.141 T€. Davon entfallen auf verbundene Unternehmen 3.492 T€.

Factoring

Zwischen der ENTEGA GmbH & Co. KG und der HSE besteht ein Factoringvertrag über den Verkauf und die Abtretung von Forderungen gegen Dritte aus dem Wasser- und Wärmegeschäft der HSE an die ENTEGA GmbH & Co. KG (echtes Factoring).

Der Verkauf der Forderungen dient der Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit. Risiken ergeben sich aus dem geschlossenen Factoringvertrag nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse, welche ausschließlich im Inland erzielt werden, gliedern sich wie folgt:

Geschäftsbereich	2014 T€	2013 T€
Netze	10.361	8.876
Erzeugung	37.044	40.590
Handel	239.351	481.070
Öffentlich-rechtliche Betriebsführung	49.040	53.383
Overhead und Sonstige	1.606	934
	337.402	584.853

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von 30.786 T€, die im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen resultieren sowie einem Buchgewinn von 144.357 T€ aus der konzerninternen Übertragung der Anteile an der ENTEGA.

Der Personalaufwand beinhaltet u.a. Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von 4.505 T€ (Vorjahr: 2.873 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 115 T€, die überwiegend auf die Zuführung zu Rückstellungen entfallen.

Die Erträge aus Beteiligungen enthalten 24.633 T€ (Vorjahr: 49.804 T€) von verbundenen Unternehmen.

Von den Erträgen aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens entfallen 3.341 T€ (Vorjahr: 3.801 T€) auf verbundene Unternehmen.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge beinhalten Erträge in Höhe von 2.703 T€ (Vorjahr: 4.207 T€) von verbundenen Unternehmen. Zudem bestehen Zinserträge aus der Abzinsung in Höhe von 440 T€ (Vorjahr: 3.578 T€).

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen erforderliche Wertkorrekturen bei der e-netz Südhessen GmbH & Co. KG (vormals: HSE Technik GmbH & Co. KG) von 41.297 T€ sowie der HSE Medianet GmbH von 9.676 T€.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten Zinsaufwendungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 6.483 T€ (Vorjahr: 7.317 T€). Zudem bestehen Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 6.504 T€ (Vorjahr: 10.894 T€).

Die außerordentlichen Erträge beinhalten ausschließlich den Gewinn aus der Verschmelzung mit der HSE Entsorgung GmbH.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten hauptsächlich die Zuführung zur Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Steuererträge aus der Auflösung passiver latenter Steuern in Höhe von 21.744 T€.

Sonstige Angaben

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, Darmstadt
Vorstandsvorsitzende

Andreas Niedermaier, Groß-Umstadt
Vorstand Personal und Infrastruktur

Dr. Kristian Kassebohm, Rechtsanwalt, Hanau
Vorstand Finanzen und Energienetze
(bis 31.12.2014)

Aufsichtsrat

Jochen Partsch
Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Darmstadt
Vorsitzender

Heinrich Stang* (bis 21.02.2014)
Pensionär, Roßdorf
erster stellvertretender Vorsitzender (bis 21.02.2014)

Ralf Noller*
Vorsitzender des Betriebsrats Technik der e-netz Südhessen GmbH & Co. KG, Darmstadt
Erster stellvertretender Vorsitzender (ab 25.03.2014)

Bürgermeister Rafael F. Reißer
Bürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Darmstadt
zweiter stellvertretender Vorsitzender

Helmut Hübner* (bis 10.07.2014)
Montage-Inspektor, Darmstadt
dritter stellvertretender Vorsitzender

Manfred Angerer*
Gewerkschaftssekretär des ver.di Bezirk Südhessen, Griesheim
dritter stellvertretender Vorsitzender (ab 10.07.2014)

Ludwig Achenbach
Selbständiger Betreiber einer Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Darmstadt

Dr. Klaus-Michael Ahrend
Vorstandsmitglied der HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Roßdorf

Hanno Benz
Selbständiger Unternehmensberater, Darmstadt

Michael Congdon* (ab 10.07.2014)
Referent Nachhaltigkeitsmanagement der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Wiesbaden

Hildegard Förster-Heldmann
Diplom-Designerin (FH), Darmstadt

Jürgen Fried* (bis 10.07.2014
Politischer Sekretär Handwerk der IG Metall Darmstadt, Bensheim

Axel Gerland* (ab 10.07.2014)
Gewerkschaftssekretär des ver.di Bezirks Nordhessen, Breuna

Heinz Gläser* (ab 10.07.2014)
Kaufmännischer Angestellter der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Reichelsheim

Dirk Hanke
Leiter Kundenkontaktmanagement der Deutsche Telekom AG, Griesheim

Thomas Heinz*
Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats Technik der e-netz Südhessen GmbH & Co. KG, Griesheim

Heinrich Kiendl*
Leiter Einkauf der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Groß-Zimmern

Claudia Lehrian*
Sekretärin der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Bickenbach

Professor Dr. Lothar Petry
Professor der Hochschule Darmstadt, Darmstadt

Klaus Peter Schellhaas
Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Darmstadt

Ilka Schiffmann* (bis 10.07.2014)
Kaufmännische Angestellte der ENTEGA GmbH & Co. KG, Pfungstadt

Ralf Storck*
Vorsitzender des Betriebsrats Energie & IT der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Pfungstadt

Helge Thomas* (ab 05.03.2014)
Gewerkschaftssekretär der IG Metall – Verwaltungsstelle Darmstadt, Frankfurt

Santi Umberti
Selbständiger Unternehmensberater (Regionalmanager), Darmstadt

* Arbeitnehmervertreter

Beirat

Dem Beirat gehören die Landräte und Bürgermeister aus dem Netzgebiet der HSE Netz AG an.

Gesamtbezüge des Vorstands

Die im Berichtsjahr für den Vorstand angefallenen Gesamtbezüge betrugen 1.057 T€.

Die Gesamtbezüge ehemaliger Vorstände belaufen sich im Geschäftsjahr auf 320 T€. Insgesamt beläuft sich die gebildete Pensionsrückstellung auf 15.799 T€.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und des Beirats

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beirats entstanden Aufwendungen in Höhe von 225 T€.

Honorar des Abschlussprüfers

Das Abschlussprüferhonorar beträgt im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 246 T€ und entfällt mit 121 T€ auf Abschlussprüfungsleistungen, mit 59 T€ auf Bestätigungsleistungen und mit 66 T€ auf sonstige Leistungen.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren im Unternehmen 10 Arbeiter und 303 Angestellte beschäftigt.

Geschäfte größeren Umfangs nach § 6b Abs. 2 EnWG

Im Geschäftsjahr wurden folgende Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt.

Name der Gesellschaft	Erträge T€	Aufwendungen T€	Geschäftsbeziehung
citiworks AG	238.553	20.581	Umsatzerlöse aus Handel, Aufwendungen aus Strombezug
Count+ Care GmbH & Co. KG	1.926	4.610	Erträge aus Mieten und Pachten, Aufwendungen aus IT-Dienstleistungen und Produkte
e-netz Südhessen GmbH & Co. KG (ehemals: HSE Technik GmbH & Co. KG)	10.505	35.103	Umsatzerlöse aus Erzeugung, kaufm. Dienstleistung, Aufwendungen aus Betriebsführung, Personalüberlassung und bezogene Leistungen
ENTEGA Energieeffizienz GmbH & Co. KG	-	1.292	Aufwendungen aus bezogene Leistungen
ENTEGA Energie GmbH & Co. KG (vormals: ENTEGA GmbH & Co. KG)	6.590	14.252	Direktvermarktung und CO2 Handel, Aufwendungen aus Strom- und Erdgasbezug
HSE Netz AG	1.464	-	Kaufm. Dienstleistung,
Industriekraftwerk Breuberg GmbH	-	2.001	Aufwendungen aus Betriebsführung
Verteilnetzbetreiber (VNB) Rhein-Main-Neckar GmbH & Co. KG	3.719	1.322	Umsatzerlöse aus Erzeugung, Aufwendungen aus Netznutzung und bezogene Leistungen

Ausschüttungssperre

Für einen Betrag in Höhe von 411 T€ besteht eine Ausschüttungssperre aufgrund § 268 Absatz 8 Satz 3 HGB. Dieser Wert resultiert aus der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert.

Vorschlag zur Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 115.874 T€. Einschließlich des Verlustvortrags von 12.255 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn von 103.619 T€. Wir schlagen vor, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 0,03 Euro je Stückaktie, das sind bei 85.542.932 Aktien 2.566 T€, auszuschütten. Der verbleibende Betrag von 101.052 T€ soll als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Darmstadt, den 31. März 2015

HEAG Südhessische Energie AG (HSE)
Der Vorstand

Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig

Andreas Niedermaier

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, 24. April 2015

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

DELOITTE & TOUCHE GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
MÜNCHEN ZWEIGNIEDERLASSUNG FRANKFURT AM MAIN

(Prof. Dr. Leuschner)
Wirtschaftsprüfer

(Rolshoven)
Wirtschaftsprüferin

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

52001
1/2002

PN 52001/19/0

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.